

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern

In Verbindung mit Ernst BÄCH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

8. Jahrgang, Nummer 9

Z 2753 E

Bonn, im September 1960

INHALT

WAS SAGT IHR VON CHRISTUS? von Heinrich Höhler	S. 1
ANLEITUNG ZUM VERSTEHEN von Erwin Wilkens	S. 3
DIE BEWAHRUNGSPROBE STEHT NOCH AUS von Ernst Müller-Hermann	S. 6
DIE GEFAHREN DER KOMMUNISTISCHEN KOEXISTENZ von Nicolaus v. Grote	S. 7
ABKEHR VOM PROVINZIALISMUS? von Ernst Rasch	S. 9
KIRCHE UND WIRTSCHAFTSWELT (Fortsetzung) von Edo Osterloh	S. 10
ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION	S. 11

WAS SAGT IHR VON CHRISTUS?

Predigt zur Eröffnung der 2. Theologischen Tagung des Rheinischen Konvents
am 26. Juni 1960 in Essen

von Superintendent Heinrich Höhler, Wuppertal-Elberfeld

„Da kam Jesus in die Gegend von Cäsarea Philippi und fragte seine Jünger und sprach: Wer sagen die Leute, daß des Menschen Sohn sei? Sie sprachen: Etliche sagen, du seiest Johannes der Täufer; andere, du seiest Elia, wieder andere, du seiest Jeremia oder der Propheten einer. Er sprach zu ihnen: Wer saget denn ihr, daß ich sei? Da antwortete Simon Petrus und sprach: Du bist Christus, des lebendigen Gottes Sohn! Und Jesus antwortete und sprach zu ihm: Selig bist du, Simon, Jonas Sohn; denn Fleisch und Blut hat dir das nicht offenbart, sondern mein Vater im Himmel.“ Matth. 16, 13—17

Was sagt man heute von diesem Jesus von Nazareth? Wie sieht man ihn? Wie versteht man in der Kirche und in der Politik sein Wort?

Nun, viele sagen leider gar nichts mehr von diesem Jesus von Nazareth und halten nichts mehr von seinem Evangelium. „No comment“, keine Meinung zu dieser Sache — das ist weit verbreitet in der Welt und auch unter uns, in allen Ständen und Parteien. Die Verehrung der Welt, der sichtbaren Güter, die Genuß bereiten und Lebenserfüllung gewähren in dem Sinne, in dem es jeder Mensch von Natur sucht, herrschen mächtig in diesem Jahrhundert. Aber es gibt auch viele, darunter sehr ernste und nachdenkliche Menschen, die es aufgegeben haben, sich zurechtzufinden in den vielen widersprechenden Meinungen, die in den Predigten über diesen Jesus Christus und über den Sinn seines Evangeliums zu hören sind. Die Kirche redet verworren. Sie gibt Antworten —

je nachdem, unter welche Kanzel ich gehe und welchen Professor ich höre —, die einander ausschließen. Wie also soll sich der Einfältige noch zurechtfinden? Ist es ganz unverständlich, wenn angefochtene und von der Kirche selber ratlos gemachte Leute diese Kirche, an der sie zweifeln, und auch diesen Jesus Christus verwerfen?

Natürlich waren die Antworten auf die Frage, was dieser Jesus ist und was er will, noch nie einhellig. Vor zweihundert Jahren, noch vor hundert Jahren, waren die meisten Predigten erfüllt von dem gefühlvollen Pietismus, der Christus als den „lieben Heiland“ verehrte, als den Freund und Weggenossen, dem man nachzufolgen trachtete. Aber es gab in jener Zeit auch die glasklare Theologie des alten Adolf Zahn in Halle und des Predigers der freien Gnade Hermann Friedrich Kohlbrügge in Elberfeld. Sie verkündigten einen anderen Jesus als Zinzendorf und seine Freunde. Diese Verkündigung war fern von allem vertraulich-intimen Umgang mit Christus. Sie zeigte scharf und deutlich des Menschen Elend, aber darüber die Macht und Glorie des getreuen Gottes.

Wer noch weitere zweihundert Jahre zurückblickt und damit für die Zeit der Reformation die Frage stellt, was die Leute, und besonders was die Prediger von diesem Jesus sagen, der trifft erst recht in schwere Auseinandersetzungen. Ich meine nicht die Unterschiede zwischen Luther und Calvin. Sie auseinanderzureden, ist auch unserer geistlich kranken Zeit vorbehalten. Aber die Reformatoren und Rom! Viel tiefer reichen die Unterschiede, als es moderne Toleranzprediger wahrhaben wollen, und viel tiefer auch, als es moderne Oberflächlichkeit und Liberalität noch erkennt. Und vollends die Reformatoren und die Schwärmer! Für Thomas Münzer und seine Gefolgsleute war dieser Jesus ein Heiland für die wirtschaftlichen und die politischen Verhältnisse! Und seit jener Zeit ist diese schwärmerische Lehre lebendig geblieben mit ihrem Mißtrauen gegen staatliche Ordnung und obrigkeitliche Gewalt, gegen Schwert und Soldaten. Das irdische Friedensreich der Schwärmer war eines der seltsamsten und folgenschwersten Mißverständnisse dessen, was Jesus von Nazareth ist und will.

Hier finden sich auch frappierende Ähnlichkeiten mit dem spätjüdischen Messiasbild. Vieles von dem, was die Apostel auf die Frage Jesu vorbringen, erklärt sich aus diesem Mißverständnis: als sei Christus gekommen, das irdische Friedensreich aufzurichten und dabei die Ordnungen der Welt aufzuheben.

Die Antworten der Jünger, wie sie in unserem Text wiedergegeben werden, mögen fromm klingen — sie sind falsch! Man kann eben fromme Sätze sagen und doch nicht der Wahrheit dienen! Man kann über diesen Jesus allerlei gute, höchst ehrbare und sehr ehrfürchtige Äußerungen tun, ohne noch mit dem Evangelium im Einklang zu sein. Betrachten wir die Antworten!

Es wird berichtet, im Volk lebe die Meinung, Jesus sei in Wirklichkeit der wiedererstandene Täufer. Erst wenige Monate lag die bewegende Tragödie zurück. Das Schicksal des treuen, mutigen Zeugen war besiegelt, als er der entarteten Obrigkeit, dem infamen Kollaborateur, dem Handlanger der Besatzungsmacht, Herodes, vorhielt, daß er gegen Gottes Gebote handle. Es ist wichtig, genau zu sehen, was Johannes tat: Er griff nicht in das Amt der Obrigkeit ein, er maßte sich nicht an, ihre Bündnispolitik zu kritisieren. Er sprach einfach aus — was zum Amt der Kirche gehört! —, daß es nicht recht sei, wie er, Herodes, es hielte. Da kam das schauerhafte Ende. Der Täufer erlitt es in dem Bewußtsein, daß zuweilen das Martyrium erduldet werden muß. Aber er wußte ja auch, daß die Mächte der Welt wohl den Leib töten können, mehr aber nicht.

Die Kirche hatte das alles geschehen lassen. Warum loderte kein Widerstand auf? Warum brachte die Kirche, zumindest aber die Anhängerschaft des Täufers, nicht die Massen in Bewegung zu einer politisch-religiösen Aktion? Hatte sich die Furcht so lähmend auf die Menschen gelegt, wie es die Gewaltherrscher, die vor nichts zurückschrecken, zuweilen zuwege bringen? War womöglich in kirchlichen Kreisen eine selbstsüchtige Berechnung im Spiele, derart, daß man es auch mit den bösen Herren nicht ganz verderben dürfe? Oder sah man es in gewissen Kreisen recht gern, daß dieser unbequeme Mahner aus dem Wege geräumt war? Doch viel schwerer als all diese Erwägungen wog sicher die Frage, die auch uns zuweilen im Hinblick auf persönliche Erlebnisse und auf Vorgänge der Weltpolitik bewegt: Wie konnte Gott das geschehen lassen?! Mußte man nicht erwarten, daß er vom Himmel herab oder durch die Hand der Menschen dem offenkundigen Unrecht, der öffentlichen Schändung von Wahrheit und Freiheit in den Weg träte? Nichts geschah. Der begreifliche Wunsch, die Kirche müsse sich da zu Aktionen aufraffen, wo das Evangelium leidet, ist ja auch falsch. Wichtig ist, daß die Predigt des Evangeliums unentwegt fortgeht, auf jedes Risiko hin, aber auch in den Grenzen, die Gott für das Wirken der Kirche gesetzt hat.

Jeremia, so sagten andere, Jeremia erkennen wir in diesem Jesus wieder. Natürlich meinten sie das nicht in dem abergläubischen Sinne, daß der Prophet leibhaftig auferstanden sei. Aber sein Bild war lebendig, und das Volk ersehnte einen Wegweiser und Kämpfer seiner Art. In dem großen Weltkonflikt, da in den Schlachten von Megiddo und Ninive die Machtkolosse aus Ost und West aufeinanderprallten und bei diesem Anprall die kleinen Völker niedergewalzt wurden, so daß Seufzer und Tränen die Erde erfüllten, hatte dieser Jeremia gelebt und gepredigt. Der Prophet wird heute gelegentlich so zitiert und in Anspruch genommen, als habe er aufgerufen, in den Ost-West-Auseinandersetzungen den Weg der Waffenlosigkeit und allein des Vertrauens auf Gott zu wählen. So hat Jeremia nicht geredet. Er wußte zu unterscheiden zwischen dem, was dem Prediger zusteht — nämlich zum Glauben zu rufen —, und dem Auftrag der Obrigkeiten. Aber gerade über dieser Predigt wurde er zerrieben. Wer sich in dieser Welt zwischen die Cäsaren und Soldaten auf der einen Seite und die falsche Kirche auf der anderen Seite stellt, der wird zerrieben.

Andere hofften, Jesus sei der wiedergekehrte Elia. Wie begreiflich ist das, wenn sie in dieser korrupten Zeit in ihrem von fremder Macht besetzten Lande die Hoffnung hegten, da sei wieder einer auf dem Plan, der den Mächtigen der Erde in ihrem menschenvernichtenden Trachten nach Macht, Land und Geld entgegenräte, wie es einst Elia dem Ahab gegenüber tat! Freilich hatte er bei diesem Kampf ein Heer von Staatsfunktionären gegen sich gehabt, nämlich die Baalspaffen, die in Wirklichkeit Priester einer politischen Religion waren. Wir wissen, wie sehr sich Elia allein und verlassen gefühlt hat. Die Öffentlichkeit war beherrscht von einer Richtung. Es schien, als sei alle rechte Predigt für immer ausgelöscht. Dem entsprach das Ende des Elia, dieses rätselhaften Verschwinden. Alle irdische Hoffnung, die man mit ihm verbunden hatte, war also dahin. Mußte man sich damit abfinden? Oder sollte man Gott so verstehen, daß nun der Menschen Aktion einzusetzen hätte, wo Gottes Arm gleichsam zu kurz war? Es ist falsch, so zu denken. Es war falsch, mit Jesus solche Gedanken zu verbinden, die ja am Ende alle auf dasselbe hinauslaufen — ob nun der Täufer, Jeremia oder Elia genannt werden —, nämlich es müsse mit dem Evangelium, aus der Kirche heraus etwas geschehen zur politischen Umgestaltung. Die Juden wünschten die westliche Besatzungsmacht aus dem Lande. Aber das Werk der Kirche ist nicht die offene oder versteckte politische Aktion.

Wenn es so steht, muß man dann nicht fürchten, daß die Kirche belanglos wird? Wenn sie einzusetzen wäre für irdische Ziele, etwa für die Umgestaltung der Welt, dann wäre sie interessant für alle, die für sich in dieser Welt etwas erreichen wollen, Geld oder Macht oder die Übernahme der Regierung. Aber — und das ist eine Sorge, die viele Kirchenleute hegen — wenn nun die Kirche in dieser Richtung keinen Auftrag hat? Wer wird nach ihr fragen? Wem wird sie wichtig oder interessant sein? Es ist begreiflich, daß Christen, die ihre Kirche lieb haben, solche besorgten Fragen stellen. Aber diese Fragen gehen in die falsche Richtung.

Nun aber, was sagen wir über diesen Jesus? Wie verstehen wir ihn und sein Evangelium?

Die Antwort auf diese Frage mag zunächst erschreckend klingen, aber sie entspricht dem Text: Menschen, alle Menschen, denken und sagen zu diesem Jesus zunächst und aus sich selber heraus nur Verkehrtes! Das hängt damit zusammen, daß wir zu leicht von unseren Wünschen und Interessen ausgehen, wenn wir uns fragend an das Evangelium wenden. Das wird verhängnisvoll in dem Augenblick, in dem wir dann auch so predigen. Der Herr sagt zu Petrus, seine richtige Antwort komme nicht aus „Fleisch und Blut“. Nein, Fleisch und Blut wird immer auf dem Wege sein, das Evangelium für irgend etwas Erwünschtes, für ein Programm, eine Richtung, ein politisches Ziel einzusetzen. Dem muß gewehrt werden, überall und gegen jedermann! Nicht aus fleißigem Nachdenken, nicht aus besorgter Weltanalyse, auch nicht aus feurigem Glauben kommt die richtige Ansicht über Christus. Gewiß gibt es das heute, daß jemand meint, die Welt fordere uns heraus, sie bedürfe, in ungeheuerlichen Gefahren schwebend, der Tat der Christen. Es ist nicht lauter Bosheit oder absichtliche Verkennung, die heute wirksam ist. Aber der Weg ist falsch, daß wir bei uns und den gegenwärtigen Weltverhältnissen einsetzen.

Aber es gibt ja auch heute noch etwas anderes. Ich empfinde es als wohlthuende Erlösung, daß inmitten all der verständlichen, aber doch verkehrten Meinungen über Jesus die Stimme des Petrus ist. Oder eigentlich ist sie ja nicht „Fleisches und Blutes“ Stimme, nicht des Petrus Meinung. Gott selber gibt in dem schrecklichen Durch-

einander der Kirche und der Welt, in all diesen Mißdeutungen, die über den Herrn Christus umlaufen, Erleuchtung zur Erkenntnis Jesu Christi. So verlassen war die Welt damals also nicht — gegen allen Anschein! — und so verlassen ist sie auch heute nicht, daß nicht Gott in sie hineinredete und hineinregierte. Erzwingen läßt sich das aber nicht. Es kann sich zwar jemand den Habitus des großen Propheten geben und sagen, er sei seiner Meinung gewiß. Doch das macht seine Prophetie noch nicht richtig.

Laßt uns noch einiges zu der Antwort sagen, die das Bekenntnis darstellt, von dem die Predigt der Kirche erfüllt sein soll. Wo es geschieht, daß jemand so mitzusprechen vermag, wie es Petrus tut, da ist diesem Menschen das Beste und Köstlichste widerfahren, das uns überhaupt in der Welt begegnen kann. Und eben zu diesem unvergleichlich Höheren, über alle Weltgestaltung, Welterhaltung himmelhoch Hinausreichenden ist die Kirche verpflichtet — und ermächtigt. „Du bist der Gesalbte“, sagt der Jünger durch die Erleuchtung des Geistes, der von oben ist. Dieses Bekenntnis bedeutet: In dir, Jesus von Nazareth, ist Gott da! Gott hat sich also zu uns gegeben. Wir erkennen und ergreifen dieses unerwartete Wunder mit aller Betroffenheit darüber, daß wir, die Menschen, nicht den Weg zu dir fanden, sondern daß du kamst. Und du kamst so nahe, daß wir dich nun bei uns haben. Weiter: Du, Jesus Christus, bist die Erfüllung aller Erwartungen, auch der allerhöchsten, die ein Mensch hegen kann. Unsere Väter haben auf ihren mühsamen Wegen erhofft, du, Gott, würdest dich einmal selbst unserer Dinge annehmen. Nun ist es geschehen. Nun wissen wir neu und wollen daran festhalten, daß du nicht eines deiner Worte unerfüllt läßt. Es wird aller Segen über uns kommen, den dein Wort verspricht. — Und schließlich liegt in dieser Erkenntnis, daß Jesus der Gesalbte ist, die Gewißheit, daß das Leben, das verborgene, unzerstörbare Leben zu uns gekommen ist. Das ist und bleibt ja das eigentliche Thema, von dem die Kirche redet: In ihm war das Leben! Er hat dem Tode die Macht genommen! Wollte Gott, daß unsere Kirche ihn, den Herrn, in diesem Sinne neu erkannte und ihn so predigte! Eine bessere Hilfe kann sie den Menschen nicht geben.

ANLEITUNG ZUM VERSTEHEN

von Oberkirchenrat Erwin Wilkens, Hannover¹⁾

I.

Kirchenrat Richard Eckstein (E.) hat sich unlängst der „*Rabies Theologorum* heute“ angenommen, die bei einer bestimmten Gruppe von Theologieprofessoren immer mehr zu einer „politischen rabies“ werde („*Ev.-Luth. Kirchenzeitung*“ [ELKZ] Nr. 11 vom 1. Juni 1960)²⁾. Wer Ursache und Wirkung miteinander verwechselt und nur einen geringen Einblick in die kirchliche Wirklichkeit hat, mag die Vorhaltungen von E. nach Form und Inhalt für unangemessen halten. Schwerer wiegt das Unbehagen, das die überwiegende Mehrheit von Pfarrern und Gemeindegliedern in der erörterten Sache selbst erfüllt.

Wir fassen die sehr eingehend belegten Ausführungen von E. wie folgt zusammen:

1. Jene Professoren leisten einer Gewichtsverlagerung der theologischen Arbeit Vorschub und nähren in der Öffentlichkeit die Vorstellung, daß das politische Thema auch in der Kirche vor allem anderen Vorrang hat.

2. Obwohl das Berufsethos des Wissenschaftlers mit der sorgfältigen Erhebung von Tatbeständen und mit der unbestechlichen Bewertung von Argumenten steht und fällt, lassen sich jene der Politik ergebenden Professoren in das Zwielicht der Halbwahrheiten, Unterstellungen und falschen Behauptungen abdrängen.

3. Es wird nicht ausreichend zwischen der politischen Meinung, die immer eine unter mehreren ist, und einem wissenschaftlichen Urteil, das immer auf Wahrheit aus ist, unterschieden, so daß die natürliche Autorität des Wissenschaftlers und Theologen auch für subjektive Urteile in politischen Dingen in Anspruch genommen wird bzw. ihnen zufällt.

II.

Erwartungsgemäß sind die Feststellungen von E. auf Widerspruch gestoßen. Besonders kritisch hat sich Pfarrer Günter Heidtmann (H.) in „*Kirche in der Zeit*“ mit ihnen auseinandergesetzt (in den Heften VI und VII vom Juni und Juli 1960; s. auch ELKZ Nr. 18 vom 15. September 1960: „*Kontroverse um den ‚Lutherischen Tag‘*“). Allerdings beschränkt sich H. bedauerlicherweise

¹⁾ mit frdl. Genehmigung entnommen aus „*Ev.-Luth. Kirchenzeitung*“ Nr. 19/60

²⁾ s. „*Ev. Verantwortung*“ Nr. 6/60, S. 11 f.

mehr auf Modalitäten und Randfragen der E.schen Veröffentlichung, weshalb dieser auch einen Abdruck in der ELKZ selbst ablehnte. In der Sache kommt es nur zu dem schüchternen, aber im Blick auf den von H. vertretenen Kreis dennoch verheißungsvollen Eingeständnis: auch ihm scheine, „daß Karl Barth in der Kritik des Westens manchmal ungerecht wird und daß er in seiner Sicht des Ostens massive Tatsachen nicht genügend berücksichtigt“. Fassen wir auch H.s Einwände gegen E. kurz zusammen:

1. Die evangelische Presse hat angesichts der mit Spannung geladenen gegenwärtigen Situation unsere Kirche zum gegenseitigen Verstehen anzuleiten und dazu noch so wunderliche Äußerungen eines Gegners auf ihre sachliche Intention sowie den theologischen und geistlichen Hintergrund zu befragen.

2. Das Streitgespräch hat in theologischen Zeitschriften seinen legitimen Platz. Eine falsche Beanspruchung der Gemeindepresse für theologische Differenzen sowie ein politischer Mißbrauch in der Tagespresse können den Professoren nicht angelastet werden. Hier erwächst gerade der Kirchenpresse ein wichtiger Übersetzungsdienst, um in der Öffentlichkeit ein besseres Verständnis für kirchliche Streitfragen zu erwecken.

3. In einem demokratischen Staatswesen haben auch Theologieprofessoren Recht und Pflicht zur politischen Diskussion. H. bestreitet, daß dabei von den kritisierten Professoren falsche theologische Autorität in Anspruch genommen wird, auch wo sie theologische Erkenntnisse für ihr politisches Urteil auswerten.

4. H. bestreitet ebenfalls die von E. behauptete Gewichtsverschiebung im theologischen Zentrum und erklärt Fragen, die hier auftauchen mögen, aus der spannungsvollen Situation des heutigen Theologieprofessors zwischen dem Auftrag zur „eigentlichen“ theologischen Arbeit und der Pflicht zum kirchlichen und öffentlichen Engagement. Diese Spannung verlangt solidarisches Verständnis und verbietet unsachliche Unterstellungen.

5. Was manche als Anfälligkeit für den Osten und als falsche Gleichsetzung von Ost und West empfinden, ist vielmehr eine positive Kritik aus der Wahrheit, ohne die der Westen zum Zwillingsbruder des Ostens wird.

H.s mehr publizistische Betrachtungsweise verschiebt die Erörterung auf eine sekundäre Ebene. Daher muß er E., übrigens reichlich dramatisierend, vorhalten, was er besser manchen Professoren ins Stammbuch schriebe: „unsachliche und ungerechte Polemik“, „zum Fraße vorwerfen“, „anheizen“, „blinde Gegnerschaft“, „verhärtete Frontbildung“, „Entartung zur Rabulistik“, „Vergiftung der Atmosphäre“, „mit Scham und Schmerz“, „feindselige Mißachtung des Andersmeinenden“ ... Wenn schon respektable Grundsätze aufgestellt werden, dann gelten sie erst recht für Professoren. Die kirchliche Presse ist nicht dazu da, theologische und moralische Grenzüberschreitungen von Professoren, die ihrerseits die kirchliche und nichtkirchliche Presse zu Instrumenten ihrer politischen Aktionen machen, vor kritischen Einsprüchen zu bewahren.

III.

In der Tat: das politische Engagement der Professoren ist auf seine theologischen Motive hin zu untersuchen. Wir haben uns im kirchlichen Meinungsstreit über politische Sachverhalte immer dagegen gewehrt, den kirchlichen Geltungsanspruch für eine andere Auffassung als wohlklingenden theologischen Vorwand für politische Zielsetzungen zu werten. Nur wenn wir auch über „politische“ Differenzen miteinander im theologischen Gespräch bleiben, nehmen wir unsere christliche Solidarität ernst.

Im theologischen Gespräch heute aber geht es um die Rangbestimmung einer ethisch-politischen Frage und inhaltlich um ihre vom Gehorsam gegen Christus nicht zu trennende Gestalt. Doch an dieser Stelle scheiden sich die Geister, und wir müssen in der Diagnose noch einen großen Schritt über E., erst recht aber über H. hinaus tun. Es bleibt nicht dabei, daß dem Professor in politischen Fragen die allgemeine Autorität des Wissenschaftlers entgegengebracht, von ihm geduldet oder gar in Anspruch genommen wird. Vielmehr haben wir es in der gegenwärtigen kirchlichen Auseinandersetzung mit einer Theologie zu tun, die, ausgehend von Karl Barths Neufassung des Evangelium-Gesetz-Verhältnisses, ein ethisch-monetarisches Verständnis der Königsherrschaft Jesu Christi zum Konstruktionsprinzip für politische Entscheidungen macht. Die hier vorliegende Weiterentwicklung der Lehre Karl Barths vom politischen Gottesdienst scheidet ganz konsequent auch den letzten Rest einer Orientierungsmöglichkeit der ethischen Entscheidung an Größen wie Gesetz, Institution und Ordnung aus. Auch über den „Staat“ gibt es keine „Wesensaussagen“ mehr, da diese einen den vollen Gehorsam behindernden für sich bestehenden gesetzlichen und eigengesetzlichen Sachverhalt statuieren würden. Es liegt in der Logik dieses Ansatzes, wenn einer der von E. kritisierten Professoren die These aufstellt, die politische Entscheidung werde in der Verkündigung der Gemeinde präformiert, während freilich der Modus der Verwirklichung dem Ermessen des Politikers überlassen sei. In einigen Thesen deuten wir an, welche Konsequenzen sich hieraus für den Streit in unseren Tagen nach unserem Eindruck ergeben haben:

1. Die ethische Frage wird in die theologische Wahrheitsfindung einbezogen; sie wird unmittelbar zum Gegenstand der Verkündigung und qualitätsgleich mit den „eigentlichen“ Inhalten kirchlicher Heilspredigt, so daß Recht und Gestalt der Rechtfertigungslehre erneut zur Debatte stehen.

2. Diese Dogmatisierung der Ethik bedeutet zugleich die Behauptung einer Primärkompetenz der christlichen Gemeinde für politische Angelegenheiten; ein neuer subtiler Klerikalismus macht den politischen Gegner zum kirchlichen Häretiker; gleichzeitig wird der theologische Opponent zum Verleugner Jesu Christi.

3. Die der Zwei-Reiche-Lehre zugrunde liegende, wenn auch mit ihr nicht identische, Unterscheidung von Gesetz und Evangelium wird als Behinderung des vollen freien Gehorsams unter der Königsherrschaft Jesu Christi verdammt, ohne daß die optimistisch angekündigte Entschlossenheit zu eben diesem vollen Gehorsam bis zu Ende durchgehalten werden kann; der an andere angelegte Maßstab zerbricht daran, daß man die Gebrochenheit irdischen Gehorsams unter der weiterhin herrschenden Macht der Sünde anerkennen muß. Die Sünde, die Wiederhinwendung Gottes zur Welt in der Weise relativ wirksamer Ordnungen, die Wirklichkeit der Welt, in der wir alle leben, und die Wirklichkeit des Gehorsams, den wir alle zu üben suchen, erhalten keinen ausreichenden theologischen Stellenwert mehr. Die Folge ist ein Dualismus, schlimmer, als er einer mißbrauchten Zwei-Reiche-Lehre vorgeworfen werden könnte.

4. An der offensichtlich unfruchtbaren Konfrontation der ganzen ungebrochenen Gehorsamsforderung mit der Wirklichkeit der Welt und mit dem faktischen Ablauf politischer Entwicklungen wird die entscheidende Schwäche dieser ganzen Konzeption erkennbar, über die auch eine prophetische Entschlossenheit zum Handeln gegen Zwangsläufigkeiten, die sich aus dem Notcharakter der Strukturen irdischer Ordnungen ergeben, nicht hinwegtäuschen kann. In Wirklichkeit schwankt man zwischen der Anerkennung faktischer Gegebenheiten und der Vertretung radikaler Weisung zur Überwindung dieser Gegebenheiten. Wenn überhaupt, so kann nur diese un-

logische Möglichkeit zur Alternative die merkwürdige Schweigsamkeit gegenüber dem Osten erklären, mehr noch: die positive Würdigung der dortigen politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Verhältnisse als des Raumes, in dem Christen unter Verzicht auf jede mögliche „Frontbildung“ ihren Christenstand zu leben haben und es auch können.

5. Aus allem erklärt sich die schnelle Bereitschaft zur eigenen politischen Aktion, die die Kirche zum aktiven, zugleich aber auch zum passiven Instrument politischer Zielsetzungen macht. Die massenhafte Produktion von Unterschriftensammlungen, die ihrer Natur nach weniger mit dem Gewicht des sachlichen Arguments als mit der Pression der vermeintlich großen Zahl arbeitet, und die Fülle der Entschließungen kirchlicher Organe auf allen Ebenen sind dafür kennzeichnend.

6. Solange sich das theologische Streitgespräch auf militärische Fragen konzentrierte, konnte man sich über die Problematik dieser ganzen strukturbedingten Identifizierung des theologischen und des politischen Wortes hinwegtäuschen. Jedes starke Wort gegen die nuklearen Waffen kann schon stimmungsmäßig eines umfassenden positiven Widerhalls gewiß sein, während jedes andere zur Nüchternheit rufende Wort nur allzusehr die Spuren eines freudlosen Denkprozesses trägt. Es kann aber gar nicht anders sein, als daß auch alle anderen wesentlichen politischen Fragen in die Denkweise der Königsherrschafts-Ethik einbezogen werden. Insofern ist die jüngst erfolgte Berufung auf die Heilige Schrift für die Forderung einer politischen Anerkennung der „DDR“-Regierung auf der Ebene der internationalen Politik nicht überraschend.

7. Die innerkirchliche Auseinandersetzung über Art und Ausmaß kirchlicher Mitwirkung an politischen Entscheidungen hat uns jedenfalls in Westdeutschland weitgehend daran gehindert, den Dienst glaubwürdigen kirchlichen Mitratens ohne aufdringliche Kompetenzbeanspruchung ausreichend zu tun. Der in unausweichlichen Entscheidungen stehende Politiker neigt zu Vereinfachungen der Sache sowie zur parteitaktischen Behandlung des politischen Gegners. Die Kirche und ihre Sprecher hätten bessere Mittel und Wege finden sollen, sich aus den Niederungen des Parteienstreites herauszuhalten, dafür aber einen Mittlerdienst zwischen den Fronten und einen Beitrag zur Entkrampfung und zur Entideologisierung, also zur Versachlichung des Meinungsstreites zu leisten.

8. Stattdessen aber hat unser eigener Streit die Politiker mit dazu verführt, sich jeweils auf theologische Kronzeugen für ihre Teilauffassungen zu berufen und ihre parteiliche Auffassung mit der Aura umwandelbarer Wahrheit zu umgeben, während es doch in der Politik nie um den wahren, sondern nur um den bestmöglichen Weg geht, und deshalb die Dinge nirgends so sehr im Fluß sind wie hier. Was sie aber auch von uns aus im Fluß hält, ist die ständige Verpflichtung, die Mittel der Politik zur Erreichung noch so berechtigter Ziele immer wieder neu der Prüfung durch das Gewissen zu unterwerfen.

9. Der vielfach beklagte Einbruch spezifischer Inferioritätserscheinungen des politischen Meinungskampfes in das theologische Gespräch beruht gewiß auf der von uns allen geteilten menschlichen Unzulänglichkeit. Darüber hinaus scheint uns aber die Struktur dieser so totalitär und exklusiv konstruierten politischen Gehorsamstheologie einem solchen Einbruch Vorschub zu leisten, nämlich einer fanatischen Unduldsamkeit, einem mangelnden inneren Abstand vom Fluß der Dinge, einer Verabsolutierung jeweiliger wandelbarer Zufallserkenntnisse, einer Suggestion kurzschlüssiger Alternativen, einer voreiligen Geschäftigkeit und einer dramatisierenden und verunglimpfenden Maßlosigkeit der Sprache, zumal im Umgang mit Andersdenkenden.

10. So wird der Eindruck erweckt, als ob die von dem Christen in der gegenwärtigen politischen Weltlage auch im einzelnen geforderte Entscheidung als Ausdruck seines Gehorsams hinreichend klar und zwingend sei. Die Auseinandersetzung geht weniger um den Inhalt der Erkenntnis als um die Bereitschaft, den an und für sich festliegenden selbstverständlichen christlichen Weg gehorsam zu gehen oder nicht. Die Christenheit wird eingeteilt in Gutwillige und Böswillige, in Friedfertige und kalte Krieger.

IV.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir diesen Versuch der Barth-Schule und ihrer Mitläufer, das Verhältnis von Glaube und Handeln neu zu durchdringen und von daher die politische und sozialetische Aufgabe der Kirche einer neuen theologischen Nötigung zu unterwerfen, für respektabel und bewunderungswürdig halten. Das ganze Konzept macht auf den Unbefangenen den Eindruck einer größeren systematischen Kraft, einer überzeugenderen Folgerichtigkeit und einer kompromißloseren Gehorsamsentschlossenheit, als es auf Seiten der „Ordnungsethiker“ der Fall zu sein scheint. Wir machen ebenfalls kein Hehl daraus, daß wir uns von einer verantwortungsvollen theologischen Auseinandersetzung für die eigene Erkenntnis und gegenseitige Korrektur gute Frucht versprechen könnten. Auch die Konzeption der Zwei-Reiche-Lehre hat ihre spezifischen Versuchungen in Richtung auf einen isolierten Heilsegoismus und auf eine vorzeitige Resignation hinsichtlich der Bosheit der Welt. Aber es muß einfach beklagt werden, daß das Fortschrittspathos und der Drang zur Aktion auf Seiten der aus der Schule Karl Barths kommenden Theologen vielfach auch zu Erscheinungen führen, die das Maß eines normalen theologischen Streitgespräches überschreiten. Was hat es noch mit theologischer Auseinandersetzung zu tun, wenn wohlbegründete sachliche Einwände schlicht als „dumm“ und „boshaft“ abgetan werden; wenn in einer Veröffentlichung Gott gebeten wird, er möge „uns“ (wen eigentlich?) vor bestimmten oberkirchenrätlichen Urteilen bewahren; wenn Bischof Dibelius schlicht als Wahnsinniger und als entscheidendes Hindernis auf dem Wege der „Kirche des Evangeliums“ bezeichnet wird; wenn einer der genannten Professoren im Jahre 1960 die Leser einer politischen Wochenzeitung dahin gehend informiert: die Anhänger der Zwei-Reiche-Lehre betrachteten die Beschäftigung mit politischen und sozialen Problemen als eine lästige Zeiterscheinung, da der Kirche ein Wort zu Fragen, die in den Verantwortungsbereich des Politikers fallen, verwehrt sei, und wenn man, etwa auf Synoden, ihre Behandlung nicht ganz verhindern könne, so suche man sie wenigstens auf ein Minimum zu reduzieren. H. meint zwar, die Annäherung der SPD an die Kirchen sei denn doch noch nicht so weit gediehen, daß die Leser des „Vorwärts“ einem Theologieprofessor gegenüber geradezu autoritätsgläubig seien. Aber ob sie darauf gefaßt sind, eklatante Verletzungen einer ordinären Wahrheitspflicht lesen zu müssen? Eine Meisterleistung in dieser Hinsicht hat Helmut Gollwitzer soeben wieder vollbracht. Eine von ihm geschriebene Betrachtung zur politischen und kirchlichen Situation in der Bundesrepublik, die in der Pfingstausgabe 1960 der „Süddeutschen Zeitung“ (im Auszug) und im Juni-Heft 1960 der „Jungen Kirche“ unter wechselndem Titel veröffentlicht worden war, erscheint jetzt erneut unter dem Titel: „Die sich selbst betrügen“ in einem Sammelbändchen der „List-Bücher“ („Ich lebe in der Bundesrepublik“). In dem Beitrag von Gollwitzer steht folgender Absatz:

„Die Verflechtung der Kirchen mit der christlichen Partei hat u. a. zur Folge, daß man in der Kirche schielt. Man möchte nicht unbequem werden. Kann man den Fragen, die die Kreise der Politiker tangieren, nicht ausweichen, so schielt man — auf Syno-

dalberatungen ist das immer neu zu erleben — erst hinüber zu denjenigen, die das politische Interesse der christlichen Regierung vertreten. Halten sie ein Wort für unbedenklich, also ihre Kreise nicht störend, so besteht Aussicht, daß es durchgeht; fühlen sie sich gestört, dann muß der richtige Grundsatz von der Nicht-Bevormundung der Politiker durch die Kirche herhalten, um das Schweigen oder das Verweilen in Allgemeinheiten zu begründen. Damit ist der öffentlichen Stellungnahme der Kirche eine unsichtbare Grenze gezogen, die nicht weniger funktioniert wie die sichtbare Grenze für kirchliche Kritik in den totalitären Staaten, man verharret im allgemeinen Konformismus der Bonner Axiome. Was ihn überschreitet, wird mit gewaltigem Aufgebot theologischer Argumente zusammengeschossen und wirkungslos gemacht."

Als der Schreiber dieser Zeilen diese Sätze einem für sein zurückhaltendes und geistliches Urteil bekannten Theologieprofessor zu lesen gab, rief dieser in großer Erregung aus: „Das sollten Sie sofort unter der Überschrift veröffentlichen: ‚Was hält Gollwitzer vom achten Gebot?‘“. Was also hiermit geschehen ist.

Statt eines eigenen Kommentars empfehlen wir die Lektüre des ebenfalls in dieser Ausgabe der „List-Bücher“ enthaltenen Beitrages von Johannes Gaitanides („Von der Ohnmacht unserer Literatur“) und zitieren daraus folgendes:

„Was sie auch sagen und auf den Markt bringen, es wird gedruckt, es verkauft sich, und zwar um so besser, je heftiger sie an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen.“

„Polemik überzeugt heute nur noch die Überzeugten; bei den Zweifelnden und Suchenden, um die es geht, leistet sie dem Gegner Zubringerdienste.“

„So ist das Leiden unserer Intellektuellen an der Bundesrepublik im letzten Grunde ein Leiden an sich

selber, das Leiden der zahlungsunfähigen Schuldner, deren Groll gegen den Gläubiger noch mit der Höhe ihrer Schuld wächst.“

„Wir haben eine durch und durch ungeformte, ungeordnete, ungewisse Gesellschaft, und ihr gegenüber eine Literatur, die sich in der Beunruhigungstherapie erschöpft: sie ist Reflex, wo sie Aktion sein sollte, sie verflüssigt das Flüssige, sie entleert das Leere und füllt nicht, sie gibt Ausdruck statt Antwort, sie wirft mit Steinen nach der Gesellschaft, der es nach Brol aus ihren Händen verlangt.“

V.

Bei all unserer Geschäftigkeit in der Kirche und der Hypertrophie an Konferenzen und Ausschüssen fehlt es offensichtlich an Gelegenheiten zu gemeinsamer geistlicher Besinnung zwischen den streitenden theologischen und kirchlichen Gruppen, zur Erfahrung und zur wirklichen Manifestation der doch ohne Zweifel vorhandenen christlichen Solidarität. Sonst wäre es vielleicht gar nicht nötig, Dinge auszusprechen, wie Eckstein und ich es glaubten an dieser Stelle tun zu sollen. Mit der Ermahnung, für alle Unzulänglichkeiten doch Verständnis zu haben, ist es nicht getan. Schäden müssen aufgedeckt, Schuld muß vergeben werden.

Der tiefste Schaden liegt vielleicht darin, daß uns die Wiederentdeckung der „Kirche“, die doch eine der eindrucksvollsten theologischen und geistlichen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte war, wieder verlorenzugehen droht. Tun wir nicht alles, diese neu erfahrene Gemeinschaft der Gläubigen in lauter Individualitäten aufzulösen und uns durch theologische Totalitätsansprüche gegenseitig zu überfordern? Damit verlieren wir aber, was an der „Kirche“ mehr ist als unsere theologische Schule, tragfähiger als unsere jeweilige Erkenntnis, umfassender als unsere jetzige Stunde und auch größer als unsere gegenseitige Schuld.

DIE BEWAHRUNGSPROBE STEHT NOCH AUS

von Ernst Müller-Hermann, MdB

Unsere Zeit wird von der Auseinandersetzung mit dem Marxismus bestimmt, und das gesplante Deutschland spiegelt die Spannung wider, in der sich die ganze Welt befindet. Wenn wir, die wir das Glück haben, im Westen zu leben, eine Gesellschaftsordnung, die den Respekt vor der Menschenwürde sowie geistige und wirtschaftliche Freiheit zur Grundlage hat, behaupten wollen, müssen wir die Gefahr sehen, die von einem System ausgeht, das mit dem Dogma der Selbsterlösung des Menschen und einem Totalitätsanspruch ohnegleichen Gott leugnet und das wahre Menschenglück durch organisatorische Konstruktionen in der Allmacht des Staates zu gewährleisten vorgibt.

Zweifelloos ist die Einsicht von der eminenten Gefahr, die von diesem seiner Natur nach aggressiven System ausgeht, gerade in den letzten Monaten durch verschiedene Aktionen des Kreml bei uns gewachsen. Aber es bleibt ein Phänomen, das insbesondere in manchen Kreisen der Intelligenz, aber auch der evangelischen Kirche eine Neigung besteht, die Gefahr zu bagatellisieren und lediglich an alles, was im Westen geschieht, die Sonde scharfer Kritik anzusetzen, über die größten Verstöße gegen Recht und alle sittlichen Wertbegriffe im Osten aber großzügig hinwegzusehen. Ein sicherlich berechtigtes Schuldgefühl angesichts mangelnden Verständnisses für die sozialen Probleme der Zeit in vergangenen Jahrzehnten gibt ebenso wenig wie eine mitunter zu vermutende „Lust am Leiden“ aus dem Hort sicherer Geborgenheit heraus die Berechtigung, ein System moralisch zu unter-

stützen, das zwar behauptet, sozial oder sozialistisch zu sein, in Wirklichkeit aber eine Vergewaltigung des Menschen darstellt. Die Dankbarkeit für das Geschenk der Freiheit, das wir allzu selbstverständlich tagtäglich genießen, scheint ohnehin bei uns allen mehr oder weniger in Vergessenheit geraten zu sein.

Der Marxismus bleibt eine militante Gefahr. Mit dem zentral gesteuerten Einsatz aller Mittel verfolgt er unbeirrt das Ziel der Weltrevolution. Der Kreml weiß die Wege der Diplomatie wie der Propaganda zu nutzen, sein militärisches wie wirtschaftliches Gewicht einzusetzen. Der Westen wird sich dagegen — behindert durch das mühsame Aufeinanderabstimmen vielfältiger Meinungen und Interessen, einen Preis, den wir für die Freiheit zu zahlen haben — auf die Dauer nur behaupten und durchsetzen, wenn er das militärische Gleichgewicht aufrechterhält und den weltweiten wirtschaftlichen Wettstreit aufnimmt.

Aber seien wir uns darüber im klaren: auch wenn im Felde von Politik, Strategie und Wirtschaft so etwas wie Koexistenz denkbar ist, in der entscheidenden geistigen Auseinandersetzung ist Koexistenz und sind Kompromisse nicht möglich. Wie im „Dritten Reich“ so ist auch heute im sowjetischen Machtbereich der Drang der Menschen nach Freiheit und Beseitigung ständiger staatlicher Bevormundung und Reglementierung unausrottbar, und der Kampf gegen Unterdrückung und Gewalt wird weitergehen. Er wird gestärkt durch die freiheitliche Kraft im Westen, die ihrerseits in dem geistigen Ringen einen

um so besseren Stand haben wird, je mehr sie auch politisch, wirtschaftlich und militärisch abgesichert ist.

In der geistigen Auseinandersetzung mit dem dialektischen Materialismus ist die moralische und sittliche Kraft des christlichen Glaubens der stärkste Widerpart. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, die Kirchen in ihrem Wirken, d. h. in ihrem Bemühen um den Menschen, zu fördern und christlichen Vorstellungen in Familie, Staat und Wirtschaft Geltung zu verschaffen. Das Christentum gibt zwar keine absoluten Antworten bei der Lösung politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Probleme. Aber wir brauchen — mit den Worten von Bundesminister Franz Etzel — die prägende Kraft des Christentums in allen Bereichen der Politik, um uns in der Zerrissenheit unserer geistigen Welt und angesichts der inneren Unsicherheit der heutigen Menschen als Folge des Verfalls fast aller bisherigen Ordnungsvorstellungen einen geistigen Mittelpunkt und eine feste Richtschnur für unser Handeln zu erhalten.

Unser Bemühen muß dahin gehen, eine Wirtschafts- und Sozialordnung zu schaffen, in deren Mittelpunkt der Mensch steht, d. h. in der die Wirtschaft wieder zum Selbstzweck noch zu einer Macht wird, die die Eigenverantwortung und die Entfaltungsfreiheit des Individuums abwürgt. Oder wie Bundestagspräsident Gerstenmaier es ausgeführt hat:

„Die Leitidee unseres christlich-sozialen Gesellschaftsbildes ist also die auf eigenen Füßen stehende verantwortungsbewußte Persönlichkeit in der gegliederten und geordneten Gesellschaft. Das heißt, daß die Freiheit, die wir meinen, nicht die Freiheit des Dschungels ist, wo der Starke den Schwachen frißt, oder wo der Großverband den Einzelnen bewirtschaftet. Unser Gesellschaftsbild verlangt, daß unsere Staatsordnung in einem so verlässlichen und intensiven Sinn Rechtsordnung ist, daß sie jedem eine verbürgte Chance gibt, aus sich und seiner Leistungsfähigkeit das Beste zu machen. Unser Gesellschaftsbild verlangt aber ebenso, daß der Einzelne und seine Bedürfnisse nicht absolut gesetzt, sondern in einen vertretbaren Einklang gebracht werden mit der nun einmal nicht abwägbaren Last der Gemeinschaft. Wir können und werden uns niemals einfallen lassen, über der energischen Betonung der Eigenständigkeit und

der Selbstverantwortung die soziale Mitverantwortung zu bagatellisieren und nicht mehr tragen zu wollen.“

Andererseits haben auch die Kirchen Aufgaben, die den Bereich der Politik berühren. Niemand erwartet, daß sie in politischen Tagesauseinandersetzungen in dem Sinne Partei ergreifen, daß sie sich mit einer politischen Partei identifizieren. Wir müssen aber von den Kirchen erwarten, daß sie nicht nur unseren freiheitlich sozialen Rechtsstaat respektieren, sondern daß sie mit den Problemen der Zeit mitgehen, und daß sie vor allem ihren Gliedern Weg und Hilfe bei den Entscheidungen weisen, die im politischen Feld auf sie zukommen. Insbesondere sollten sich die Kirchen mit zur Aufgabe machen, die politische Verantwortung des Christen anzusprechen und ihre Glieder viel stärker als bisher zur konstruktiven Mitarbeit am Staat und auch in den ihn tragenden politischen Parteien aufzurufen.

Es sollte ein gemeinsames Anliegen der Kirchen und der politischen Parteien sein, die sich ihrer Verantwortung in der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Marxismus bewußt sind, gegen den überhandnehmenden Materialismus, den provozierenden Interessenegoismus und

die nun Teil auch noch in unverantwortlicher Weise gesährte Maßlosigkeit der Ansprüche Front zu machen. Es gehört anscheinend zu den Schattenseiten des „Wirtschaftswunders“, daß die Verwirklichung noch vor 10, geschweige denn vor 15 Jahren kaum für realisierbar gehaltener Wunschträume immer nur neue Forderungen auslöst. Es ist nötig, daß wir auch das Danken, das Maßhalten und die Zufriedenheit mit dem schon Erreichten wieder lehren und lernen. Noch ist es Zeit zu Einsicht und Besinnung. Andernfalls werden wir in dem Genuß der Gegenwart unsere und unserer Kinder Zukunft aufs Spiel setzen.

In der Bereitschaft zum Maßhalten, ja auch zu materiellen Opfern, und in der Bereitschaft zu einer weltweiten Solidarität angesichts von Not und Elend in vielen Teilen der Welt liegt letzten Endes die Bewährungsprobe für unsere geistige und politische Reife. Wir haben diese Bewährungsprobe noch vor uns, und jeder, der sich über die Verantwortung für das, was im Grunde auf dem Spiel steht, im klaren ist, sollte mithelfen, daß wir die Probe bestehen. Ein Appell an den Mann der Kirche wie an den Politiker und Staatsbürger!

DIE GEFAHREN DER KOMMUNISTISCHEN KOEXISTENZ

von Dr. Nicolaus von Grote, Köln

Kein Schlagwort der kommunistischen Politik hat so viele Mißverständnisse verursacht, wie das von der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher oder gegensätzlicher Gesellschaftsordnung. Chruschtschow hat es unter die Leute gebracht und zugleich versichert, daß Kriege vermieden werden könnten, obwohl der Imperialismus noch nicht beseitigt sei. Viele Menschen haben das leider als ein Bekenntnis zur Neutralität aufgefaßt, zumal Lenins Auffassung, daß Kriege im Zeitalter des Imperialismus unvermeidbar seien, amtlich durch Chruschtschow auf dem XX. Parteitag berichtigt wurde. Um diese Zensur Lenins, die mit veränderten Umständen begründet wurde, gutzumachen, hat Chruschtschow ihn kurzerhand zum Vater der Koexistenz erklärt. Seit Stalin schuldig befunden worden ist, Personenkult getrieben zu haben, wird Lenin als die Autorität des Marxismus-Leninismus verehrt. In diesem Falle ohne sein Dazutun, denn er hat das Wort Koexistenz nie gebraucht. Es hätte sich mit der Lehre von der Unvermeidbarkeit von Kriegen auch schlecht vereinbaren lassen. Die Chinesen haben die Sowjetgenossen sehr deutlich

darauf hingewiesen. Daraus ist ein langer dogmatischer Streit entstanden.

Diese Auseinandersetzung über das Prinzip der Koexistenz ist deshalb so amüsant, weil Moskau und Peking sich schonungslos die Meinung sagen, ohne sich beim Namen zu nennen. Jeder Eingeweihte weiß zwar, wer jeweils der Abweichung oder des Revisionismus, also einer schweren Ketzerei geziehen wird, indessen möchte man nicht offen zugeben, daß die beiden größten „sozialistischen“ Staaten ernste Meinungsverschiedenheiten austragen. Wollte man diese merkwürdige Spielregel der Versachlichung auf unsere Verhältnisse übertragen, so könnte man etwa einen Parteiführer sagen lassen, daß die Auffassungen „gewisser Politiker“ über Ostpolitik von den Ereignissen widerlegt worden seien. Ein anderer Parteiführer könnte behaupten, wenn „ein gewisser Politiker“ 1952 die Sowjets „gezwungen“ hätte, Farbe zu bekennen, dann, ja dann... Nicht übertragbar auf solch eine bundesrepublikanische Hypothese ist freilich die Tatsache, daß Chruschtschow wie Mao und alle

ihre Männer sich inbrünstig auf Lenin berufen, wenn sie gegeneinander recht haben wollen. Bei uns hat keine Größe der weltlichen Vergangenheit derlei Einheitsansehen. Wohl kann man sich darüber einigen, wer keine Geltung haben soll. (Damit ist nicht das unsinnige Unterfangen gemeint, Bismarck und Karl Marx zu einem Schreckgespenst zu verschmelzen, sondern — sagen wir — Hitler, dessen Ostpolitik einfach wahn-sinnig war.) Im kommunistischen Bereich ist solch ein Gleichklang im Negativen schwieriger, weil z.B. Stalin von den Chinesen nicht so verurteilt wird wie von Chruschtschow. Da muß schon auf auswärtige Größen zurückgegriffen werden, auf den bösen Kapitalismus oder auf Tito, dem man alle Sünden gegen die reine Lehre vorwerfen kann, welche gerade andere Genossen begehen, die sich eigentlich getroffen fühlen sollten. Wir wollen hier auf das dogmatische Hin und Her nicht näher eingehen, obwohl sich auch daran die widerspruchsvolle Wirkung der Koexistenzpolitik messen läßt.

Kein Grundsatz, sondern nur Mittel zum Zweck

Der sowjetische Ministerpräsident und Erste Parteisekretär hat nicht nur durch die Presse der KPdSU, sondern in vielen Versammlungen durch ein Angebot prominenter Redner seine Koexistenz-These vor der sowjetischen Öffentlichkeit und vor den kommunistischen Verbündeten nachdrücklich vertreten lassen. Ein starker Gegen-druck muß ihn dazu veranlaßt haben. Wie vor allen großen Reformen der letzten Jahre versucht Chruschtschow, seine Widersacher durch eine Welle von Öffentlichkeitsveranstaltungen und „spontanen“ Entschlüssen hinwegzuspülen. Er will seinen Kritikern auch beweisen, daß sein Koexistenzgebaren gar nicht so weich ist, wie ihm nachgesagt wird. Das erklärt vermutlich auch die Einmischung in Laos, im Kongo, in Kuba, den Vorstoß vor der UNO und die Ermächtigung Ulbrichts zu Extratouren. Chruschtschow sucht einen Kompromiß durch Verschärfung seiner Haltung. Er bemüht sich, das innersowjetische Klima, auf das seine Koexistenzschalmeien nicht ohne Einfluß geblieben sind, wieder abzukühlen. Spionen-Alarm ist eine altbekannte Methode für solche Zwecke.

Wichtiger als diese innerpolitischen Maßnahmen sind für uns die außenpolitischen Folgen der Kursänderung. Als die Meinungen heftig aufeinanderprallten und Glaubens- sowie Ermessensfragen durcheinandergerieten, wie das auch im freien Westen bei politischen Diskussionen vorkommt, sah sich Chruschtschow genötigt, durch die „Prawda“ (vom 13.8.1960) zu erklären, daß der Grundsatz der friedlichen Koexistenz an sich nichts anderes sei, als die „höchste Form des Klassenkampfes“ zwischen zwei entgegengesetzten Systemen, dem Sozialismus und dem Kapitalismus. Außerdem ist berichtet worden, Chruschtschow habe kürzlich auf einem Empfang in Leningrad geäußert: das einzige, in dem die Sowjetunion und China nicht übereinstimmen, sei doch nur die Frage, wie der Westen am besten zu bezwingen sei. (Angeblich hat er sogar „vernichten“ gesagt.) Kurt Hager, Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der SED, beteuerte in diesem Sinne: friedliche Koexistenz bedeute nicht, daß der Klassenkampf aufhöre, sie biete im Gegenteil günstigere Möglichkeiten für diesen Kampf.

Diese Zitate beleuchten die ganze Problematik der kommunistischen Koexistenzversprechen. Sie erklären zugleich, warum Chruschtschow, der die Pariser Konferenz — mehr unter Druck des eigenen Lagers als dem eigenen Triebe folgend — scheitern ließ, sehr bald danach mit besonderer Lautstärke die Fortsetzung der Koexistenzpolitik gefordert hat. Somit war es falsch zu glauben, mit der Gipfeltagung sei auch die Koexistenz geplatzt. Sie war zwar noch ein Stück unglaublicher geworden, aber warum sollte sie von Moskau aufgegeben werden, da sie doch eine brauchbare Handhabe bot, ein unbe-

quemes Übergangsstadium des relativen Gleichgewichts zu überbrücken? Solange die Sowjetunion keinen Krieg führen kann und will und ihre Wirtschaftsmacht durch Gütertausch mit dem Westen festigen muß, lautet die Parole: friedlicher Wettbewerb und Zusammenarbeit. Im nichtkommunistischen Teil der Welt hatten die Koexistenzbeteuerungen Chruschtschows die Hörer gefunden, mit denen er gerechnet hatte. Er wußte, daß viele, die den Frieden ersehnen, ihn um jeden Preis wünschen und nicht unterscheiden können oder wollen zwischen dem Nahziel, das Vermeidung des Krieges, und dem Fernziel, das Sowjetisierung der ganzen Welt bedeutet.

Der „Kommunist“, das weltanschauliche Organ der Sowjetkommunisten, schrieb im Juli dieses Jahres u.a.: „Die Theorie der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und die bürgerliche Theorie von der friedlichen Koexistenz zwischen einander entgegengesetzten Klassen haben nichts miteinander zu tun. Erstere ist echt, lebendig und wissenschaftlich begründet; letztere ist totgeboren, utopisch und metaphysisch.“ (Ein wahrhaft wissenschaftliches Niveau!)

Es ist sicher recht nützlich, sich die Unterschiede der kommunistischen und der westlichen Auffassung von Koexistenz klarzumachen. Dann kommt man ohne Dramatisierung zu einer sehr realistischen Erkenntnis der Auseinandersetzung um Sein oder Nichtsein. Es wirkt einfach komisch, wenn die Pekinger „Volkszeitung“ schreibt, die modernen Revisionisten (womit die Sowjetpolitiker gemeint sind) bettelten bei den Imperialisten um Frieden. Das tun sie weiß der Himmel nicht. Für sie ist Koexistenz kein dauernder politischer Grundsatz, sondern lediglich ein Mittel zum Zweck, eine zeitlich, inhaltlich und räumlich begrenzte Maßnahme, um widrige Umstände zu überdauern. Koexistenz gilt nur unter bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen. Die Prinzipien der Koexistenz: gegenseitige Achtung der gebietsmäßigen Unverletzlichkeit und Souveränität, Verzicht auf Angriff, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen gelten nur vorübergehend. Eine echte Neutralität läßt sich darauf nicht aufbauen, weil der kommunistische Koexistenzbegriff durch die Ausschaltung jeder ideologischen Koexistenz auch inhaltlich beschränkt ist.

Der weltanschauliche Kampf geht weiter

Der weltanschauliche Kampf wird also trotz Koexistenz in den bekannten Formen der Agitation, Aufweichung, Unterwanderung fortgesetzt. In der Bundesrepublik stehen für diese Seite der sogenannten friedlichen Zusammenarbeit Tausende von Agenten und Hunderte von Tarnorganisationen und illegalen Publizisten zur Verfügung. „Sobald wir stark genug sein werden, um den gesamten Kapitalismus zur Strecke zu bringen, werden wir ihn sofort an der Gurgel packen.“ Dieses Wort Lenins ist nicht vergessen. Es deutet den Übergang von der ideologischen Arbeit zum Blitzkrieg an!

Auch auf eine dritte, die räumliche Begrenzung des Koexistenzbegriffs östlicher Prägung muß noch hingewiesen werden. Er gilt nämlich nur zwischen Staaten gegensätzlicher Gesellschaftssysteme. Darum läßt es einen Kommunisten ganz kalt, wenn man ihn daran erinnert, daß die Sowjetunion — um einige Beispiele von vielen zu erwähnen — alle fünf Nichtangriffsverträge, die in den Jahren 1926—1932 mit Litauen, Polen, Lettland, Estland und Finnland geschlossen wurden, 1939 bzw. 1940 durch Angriff gebrochen hat. In solchen Fällen beruft man sich drüber auf den proletarischen Internationalismus, der zu „tatkraftiger Unterstützung der um Befreiung ringenden Arbeiterklasse“ verpflichtet. In dem letzten Doppelheft der Zeitschrift „Ost-Europa-Recht“ wird eine Reihe von sowjetischen Gewalttaten im Rahmen des proletarischen oder sozialistischen Internationalismus aufgeführt: gegen

Finnland (1918), Weißrußland (1919), Asserbaidshan, Armenien, Iran, China (1920), Georgien (1921), Ungarn (1956). Der sozialistische Internationalismus verdrängt den Grundsatz der Koexistenz. Freie Willensentscheidung der Völker gilt nur, wenn die Selbstbestimmung kommunistisch ausfällt. Ein kommunistischer Hilferuf genügt für eine militärische Intervention!

Chruschtschow will Zeit gewinnen

Warum legt Chruschtschow so großen Wert auf Koexistenz? Er will Zeit gewinnen: für die Beendigung des ideologischen Streits mit China, für gewisse Umrüstungen, für den Ausbau der Wirtschaft, zur Überwindung innerer Spannungen. Er will erreichen, daß die freien Staaten „den kalten Krieg einstellen“, womit er die Aufklärung über den Kommunismus meint. Chruschtschow weiß ferner, daß ein Atomkrieg nicht nur die Kapitalisten vernichten würde, und daß die Völker der Sowjetunion keinen Krieg wollen, weil sie hoffen, endlich in den Genuß der späten Zugeständnisse an ihre lange unterdrückten Bedürfnisse zu gelangen. Die Sowjetwirtschaft muß sehr viele Engpässe überwinden, dazu müssen die Beziehungen zu den modernen Industriestaaten ausgebaut werden. Die fehlenden Arbeitskräfte kann die Sowjetunion durch Soldaten nur ersetzen, solange Friede herrscht. Milliardenbeträge, die die Rüstungsindustrie verschlungen hat, sind für andere Investitionen notwendig. Der größte Teil der Maschinen ist veraltet. Ihr Ersatz erfordert größte Anstrengung, da nicht durch ausreichende Abschreibung vorgesorgt worden ist. Gemessen an dem Programm, die amerikanische Erzeugung ein-

zuholen, ist die Technisierung der UdSSR zu langsam. Technischer Fortschritt ist für sie jedoch ebenso wichtig wie Kapitalakkumulation, Rohstofferschließung und Bevölkerungszuwachs. Die Werktätigen sind noch nicht zu hoher Produktivität erzogen. Schlechte Getreideernten beeinträchtigen die für Ernstfälle unentbehrlichen Reserven. Das alles spricht für Koexistenz, um so mehr, als sie in entscheidender Hinsicht einseitig bleibt.

Chruschtschow glaubt felsenfest, daß er die Welt ohne Krieg gleichschalten kann. Zielbewußt baut er sein Land für den Generalangriff der Wirtschaft, der unter ideologischem, politischem und militärischem Druck erfolgen wird, auf. Zuerst reformierte er die Industrieverwaltung und die Landwirtschaft, als nächstes verschaffte er sich durch die Volkszählung einen Überblick über die Arbeitskraftlage in der nächsten Zukunft, dann wurde die Rentabilitätsrechnung für die ganze Wirtschaft befohlen, das Anlagekapital neu bewertet, die Aufwertung des Rubels beschlossen, das Verkehrswesen modernisiert und der Rat zur gegenseitigen Wirtschaftshilfe (Comecon) zu einem schlagkräftigen Instrument des Ostblocks ausgebaut. In wenigen Jahren will Chruschtschow so weit sein, daß er die freien Weltmärkte angreifen kann. Dann soll der Kapitalismus zugrunde gehen! Die Entwicklungsländer werden im Brennpunkt des Ringens stehen.

Das ist ein nüchterner Ausblick in die Koexistenz. Die Stoßrichtung des kommunistischen Drucks wird sich danach richten, wo er weiche Stellen findet. Standhaftigkeit ist unter diesen Umständen ein Gebot der Verantwortung. Die Zeit wird nur dann nicht für den Kommunismus arbeiten, wenn er auf entschlossene Abwehr und geistigen Gegenangriff stößt.

ABKEHR VOM PROVINZIALISMUS?

von Dr. Ernst Rasch, Bethel bei Bielefeld

Ökumenische Körperschaften, konfessionelle Weltbünde, Synoden, Kirchentage und Evangelische Akademien befassen sich seit geraumer Zeit und in steigendem Maße mit Fragen, die nicht nur die in Übersee ausklingende Epoche der „weißen“ Kolonialherrschaft mit sich bringt, sondern die auch eine so globale Erscheinung wie die rapide zunehmende Erdbevölkerung den Kirchen in aller Welt stellt. Die auf die Menschheit zurollende Lawine hungernder Massen rückt das Problem, das mit Geburtenkontrolle, Familienplanung und verantwortlicher Elternschaft gekennzeichnet wird, immer gebieterischer in das Blickfeld der Christen. Ergeben sich daraus neue Anforderungen an die diakonische und soziale Weltstrategie kirchlicher Hilfe, so wird durch den Umbruch aller Lebensformen unter den farbigen Völkern sowie durch den vielfach mit politischen Mitteln geförderten Bodengewinn alter nichtchristlicher Religionen und neuer atheistisch-materialistischer Heilslehren die christliche Mission zu einer Prüfung ihrer Methoden gezwungen.

Ein „Tabu“ verschwindet

Die Sommertagung des Weltrates der Kirchen in Schottland hat noch jüngst gezeigt, daß die hier angedeutete Entwicklung auf viele Theologen und Laien aufrüttelnd wirkt. Das „Tabu“ etwa, das lange Zeit auf dem Gebiet der Sexualethik lag und jedes Bemühen um Normen einer christlichen Bevölkerungspolitik erschwerte, weicht immer mehr einer sachgemäßen Diskussion über die Fragen, die sich mit der Bevölkerungszunahme in den Entwicklungsländern unausweichlich stellen. Wenn ein Kirchenmann in den USA noch vor gar nicht langer Zeit meinte, das biblische Gebot „Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde“ berechtige zu dem Vertrauen, daß Gott „dies

schon alles regeln“ werde, so hat eine solche Haltung gegenwärtig schon beträchtlich an Überzeugungskraft verloren. In Kreisen der Ökumene ist man jedenfalls entschlossen, die hier vorliegenden Aufgaben verantwortlichen Denkens und Handelns weiter zu klären, wobei man sich bewußt ist, daß es dazu einer vielseitigen wissenschaftlichen Forschungsarbeit bedarf. Die Heilighaltung des Lebens, zu der der Christ verpflichtet ist, verbietet beispielsweise, ein Vorgehen nach der Art radikaler „Planer“ zu empfehlen, die der Übervölkerung durch weitgehende gesetzliche Freigabe der sozialen Abtreibung oder massenhafte Sterilisierung beikommen wollen. Ebenso wenig wird man sich in der Ökumene mit der These der Kommunisten abfinden, daß nur ein weltweiter Sieg ihrer Gesellschaftspolitik der Menschheit eine „Bevölkerungsexplosion“ ersparen könne.

Ökumenische Diakonie

Diese Zukunftsmusik, gegen die sich auch manches einwenden ließe, macht die hier und heute gegebene Sorge um eine menschenwürdige Existenz ganzer Gruppen und Völker nicht gegenstandslos. Eben diese Sorge war auf der ökumenischen Tagung in Schottland Anlaß zu dem Aufruf an die Kirchen, die verschiedenen Vorhaben des Weltrates, die der Hebung des Lebensstandards und einer gesunden Sozialstruktur in den Entwicklungsländern durch produktive Hilfe dienen, weiterhin „großzügig und erfinderisch“ zu unterstützen oder durch eigene Maßnahmen zu ergänzen. Es liegt auf der Hand, daß von dieser ökumenischen Diakonie, die jenseits aller politisch-ideologischen Hintergedanken zu geschehen hat, die Glaubwürdigkeit der christlichen Botschaft unter notleidenden Menschen wesentlich abhängt. So wenig in

einem einzelnen Volk die staatliche Wohlfahrt die christliche Liebesarbeit ersetzen kann und darf, so wenig ist es christlich vertretbar, die Behebung der Volksnöte allein den internationalen weltlichen Organisationen zu überlassen.

Mission heute

Untrennbar verbunden mit diesem diakonischen Auftrag ist der missionarische. Der Weltrat der Kirchen entsprach ihm auf seiner Tagung dadurch, daß er dem Zusammenschluß mit der älteren ökumenischen Körperschaft, dem Internationalen Missionsrat, nunmehr zustimmte. Für den Vollzug ist die nächste Vollversammlung des Weltrates zuständig, die Ende 1961 in Neu-Delhi zusammentreten wird. Die Befürworter erwarten von dem Beschluß, der gute Aussicht auf Verwirklichung hat, eine größere Geschlossenheit und stärkere Dynamik bei der Ausbreitung des Evangeliums in einer sich schnell wandelnden Gesellschaft. Damit aber wurde ein Thema angerührt, das die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands auf ihrer vorjährigen Generalsynode in Lübeck behandelt und ihren Gemeinden als ein längst fälliges Pensum aufgegeben hat: „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker.“ Auf dieser Synode trat klar zutage, daß ein kirchlicher Provinzialismus, der sich darauf beschränkt, die Mission auf den überseeischen Arbeitsfeldern besonderen Gesellschaften und Vereinen zu übertragen, die Sache des christlichen Glaubens um wesentliche Chancen betrügt. Die Kirche kann draußen, wo heute sehr massive

geistige Mächte um die Seelen der farbigen Menschen ringen, weniger denn je auf die ständige Verbindung mit lebendigen Heimatgemeinden verzichten. Daher erging von Lübeck aus die Bitte an sie, die Mission als ihre eigenste Aufgabe zu begreifen und zu erfüllen, wobei betont wurde, daß das Verhältnis zu der jungen Christenheit draußen nur das der helfenden Partnerschaft sein könne.

Weniger Passivität

In dieser schnellebigen Zeit, die die mit „aktuell“ bezeichnete Spanne immer mehr verkürzt, erscheint es schon ungewöhnlich, an eine vorjährige Tagung zu erinnern. Aber was die Lutherische Generalsynode damals verlauten ließ, fand seine Ergänzung in praktikablen Vorschlägen an die Gemeinden, die auf längere Sicht abgestellt und geeignet sind, die Passivität und Selbstgenügsamkeit auf dem Gebiet der Mission überwinden zu helfen. Inzwischen wurden den Gemeinden andere, diakonische Probleme, die über die eigenen Grenzen hinausweisen, sehr eindringlich vor Augen geführt. Die Aktion „Brot für die Welt“ rief den ganzen deutschen Protestantismus auf, für den „fernen Nächsten“ Opfer zu bringen. Das Ergebnis dieses weitreichenden Unternehmens ist kaum dazu angetan, daß man sich dessen laut rühmen dürfte. Aber als ein Zeichen der Abkehr von jenem unzeitgemäßen kirchlichen Provinzialismus darf es sehr wohl gewertet werden, selbst wenn immer noch beträchtliche Kreise unbeteiligt beiseite standen.

KIRCHE UND WIRTSCHAFTSWELT

von Kultusminister Edo Osterloh, Kiel

Fortsetzung aus der August-Ausgabe

Er kann also aktiv als Christ nur handeln, wenn er bereit ist, es umsonst zu tun, und wenn er bereit ist, dieses sein Handeln in seinen Auskünften über seinen Glauben nicht in die Waagschale zu werfen. Das hängt aber damit zusammen — und damit komme ich schon zu dem letzten Teil —, daß nach evangelischer Auffassung (hier muß ich nun einschränken: seit 50 Jahren ist diese Lehre auch von einem großen Teil der evangelischen Theologen bestritten) Gott die Welt in einer doppelten Weise regiert. Man kann die Reformation, man kann insbesondere auch heute den lutherischen Teil der christlichen Kirche in Deutschland, für den ich hier wesentlich spreche, nicht verstehen, wenn man die Bedeutung dieser Lehre von den beiden Regimenten oder den beiden Reichen nicht erfaßt hat. Sie bedeutet, daß wir davon ausgehen, daß es nichts gibt, was sich der Herrschaft Gottes zu entziehen vermag. Auch der flagrante kämpferische Atheismus, der jeden Christen ausrotten möchte, ereignet sich nur unter Zulassung durch die ungebrochene, nicht einzuschränkende Herrschaft Gottes.

Gottes weltliches Regiment ist verborgen

Aber diese Herrschaft Gottes über die Geschichte, auch über die Wirtschaft, über die Arbeitswelt, über das politische Geschehen, ist in ihren einzelnen Zügen, in ihren Motiven und Zielen, in den Mitteln, deren sie sich bedient, verborgen. Ich kann keine Auskunft darüber geben, aus welchem Grunde Gott den Weltkrieg geschehen ließ. Es ist nichts als theologisch unerhebliche Geschichtsphilosophie und Metaphysik, wenn man meint: durch die politischen Ereignisse habe Gott entschieden, daß, wie man im übrigen die Dinge auch beurteilen möge, Deutsche auf keinen Fall mehr mit der Waffe für den Frieden eintreten könnten. Oder: es sei

entschieden, daß Deutschland, damit das schreiende Unrecht am Osten wiedergutmacht würde, sich freiwillig der kommunistischen Wirtschaftsordnung unterwerfen müsse. Oder: um Polens Leiden zu rechtfertigen und den Polen wieder die Hoffnung auf eine menschen- und damit gotteswürdige Existenz zu geben, müsse Deutschland die Oder-Neiße-Linie anerkennen. Das ergäbe sich aus dem von Gott zugelassenen Gang der Geschichte.

Das Risiko der Gegenwart in eigenem Entschluß übernehmen

Das alles sind Geschichtsspekulationen, Geschichtstheorien, die nach lutherischer Auffassung mit der Verkündigung der Kirche nicht begründet werden können, sondern Gott hat das in ein Geheimnis gehüllt, das uns verborgen ist. Wir können also aus dem Geschichtsablauf nicht entnehmen, was Gott mit uns vorhat. Ich kann darum auch keine theologische Auskunft geben über das politische oder das ökonomische oder das soziale Ziel der gegenwärtigen Entwicklung auf irgendeinem Gebiet. Offenbart — und das ist nun das Reich rechter Hand, der deus revelatus, das Evangelium — hat Gott sich in Jesus Christus, und zwar streng genommen als der, der jeden, der diese Botschaft erfährt, retten will, der ihm die Gewißheit geben will, daß er von Gott geliebt ist, daß damit seine Existenz einen Sinn hat, daß er die ewige Seligkeit ererben wird, daß er darum fröhlich und getrost den Alltag bestehen kann, daß er nicht zu verzweifeln braucht, daß er genügend ausgestattet ist mit Gaben und geistigen Kräften, um seinen Tag zu bestehen.

Das aber heißt, daß er als ein unter der geoffenbarten Herrschaft Gottes von Angst, Verzweiflung und Komplexen Befreiter die Fähigkeit hat, in eigener Verantwortung den Bereich zu regeln, der ihm vor der Hand liegt. Dabei gilt die Offenbarung der Zehn Gebote als

der Hinweis auf die praktischen Möglichkeiten, vor seinem Gewissen in diesem Risiko der Gestaltung eigener Existenz bestehen zu können. Und das heißt, daß der Einzelne — ich muß da ein alttestamentliches Wort zitieren — jeweils immer schon weiß, was eigentlich von ihm verlangt wird: Gottes Wort halten, Liebe üben und demütig sein vor seinem Gott. Die Meinungsbildung, die die Kirche verantworten könnte, müßte also darauf hinauslaufen, daß der Mensch gerüstet wird, das Risiko der Gegenwart in eigenem Entschluß zu übernehmen. Das bedeutet weiter, daß er damit befreit werden muß von dem Aberglauben, das könne ihm von einem Kollektiv abgenommen werden oder das könne endgültig durch eine starre gesetzliche Regelung, welcher Art auch immer, erledigt sein. Er wird immer neu eingeladen, auf die Stimme des geoffenbarten Gottes zu hören, nämlich sich fragen zu lassen, ob er nicht auch in den Verhältnissen, in denen er steht, Gottes Güte, Gottes Barmherzigkeit, Gottes Liebe erkennt. Das ist nämlich die Voraussetzung dafür, daß er darauf angesprochen wird, ob er in diesen Verhältnissen etwas zu unternehmen vermag, um das, was ihm widerfahren ist, seinem Nächsten zukommen zu lassen, und das ist nun nicht nur der Nachbar, sondern das ist in der heutigen Welt, in der wir mit Recht davon sprechen, in „one world“ zu leben, auch die Handhabung der Wirtschaft, das ist auch die Teilnahme am politischen Leben.

Individuelle Existenz in Spannung zu mannigfachen Gemeinschaften

Nicht in der Erwartung, ein Paradies auf Erden zu schaffen, nicht in der Erwartung, die Voraussetzung für den christlichen Glauben damit zu erreichen, sondern um konkret in der heutigen Zeit Nächstenliebe zu üben, beteiligt er sich an politischen Entscheidungen und erstrebt das, was er für das Menschenwürdige hält, was nach seiner Ansicht allen zugute kommt. Er sieht sich dabei nicht als isoliertes Individuum — dies ist eine noch nicht sehr alte kurzschlüssige Meinung der modernen Welt —, sondern erfährt sich wesentlich als Glied einer Familie, in der Gottes Wort gehört und exerziert wird, wesentlich als Glied der Hausgemeinschaft oder der Dorfgemeinschaft oder seiner Berufsgemeinschaft.

Dies ist die gegenwärtige Form individueller Existenz, daß er sie in Spannung zu mannigfachen Gemeinschaften von der Familie bis zum Staat, ja sogar bis zur Weltbevölkerung sieht. Er nimmt teil an den Sorgen und

Angsten, die hervorgerufen werden durch die Mitteilung, daß die Weltbevölkerung sich in wenigen Jahrzehnten verdoppelt haben wird. Er nimmt teil an den Erwägungen, die sich aus der Tatsache ergeben, daß neue Energiequellen erschlossen werden, die zugleich eine Möglichkeit der Bedrohung der Weltexistenz darstellen. Er nimmt in seinen Entscheidungen und Möglichkeiten daran teil. Er ist Ebenbild Gottes. Als Spiegel Gottes demütig sein vor seinem Gott heißt, keine Möglichkeit haben, sich von den Erfahrungen der Zeit, in der der Mensch existiert, auszuschließen. Das heißt, zur Kenntnis nehmen müssen, was gegenwärtig auf uns einströmt an Eindrücken, und das bedeutet, verantwortlich dafür sein, daß man als Person von den Eindrücken der Gegenwart nicht betäubt, überrollt, besinnungslos gemacht wird, sondern nüchtern und urteilsfähig bleibt und damit die Voraussetzung für eine persönliche Entscheidung behält.

Keine Revolution, sondern Reformation

Die Kirche in evangelischer Sicht ist daran interessiert, weil sie an den Menschen als an einen mündigen Träger der Gottebenbildlichkeit appelliert, der in der jeweiligen Situation der Geschichte mitverantwortlich ist für die Zukunft. Daher in der evangelischen Kirche gegenwärtig diese neue ungeheure Aktivität der Information. Daher die Heranziehung von Experten auf allen Gebieten. Daher die Gespräche mit Wirtschaftlern, mit Sozialrechtlern, aber auch mit Naturwissenschaftlern. Daher in der evangelischen Kirche kein verbindliches Wirtschafts- und Sozialprogramm.

Ich schließe ab: Jede Sicherung — und damit komme ich zu einem Uranliegen Luthers zurück — kann zugleich eine Verstumpfung und Vertierung bedeuten, jede echte Anfechtung trägt in sich die Chance, auf das Evangelium zu hören, sich begnaden zu lassen. Daher ist die evangelische Kirche ohne verbindliche Programme, neuerdings aber mit beteiligt an der Erörterung von immer neuen Behelfslösungen aus der Grundhaltung, daß es in der Politik, daß es im Wirtschaftsleben und im Sozialleben nur Behelfslösungen geben kann. Keine Revolution, die Revolution geht immer von dem Aberglauben aus, die Welt vom Menschen aus ein für allemal in den Endzustand versetzen zu können, sondern Reformation, denn die Reformation geht davon aus, daß es gerade dem unabhängigen, von Angst und Verzweiflung befreiten Menschen möglich ist, unter gegebenen Verhältnissen nach Besserem, Aussichtsreichem zu suchen.

ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION

Eine billige Lösung

Unter dieser Überschrift setzt sich Aurel v. Jüchen in „KIRCHE UND MANN“ mit dem „Offenen Brief“ von 16 Bruderschafts-Pfarrern an Bischof Dibelius auseinander, in dem diese u. a. die offizielle Anerkennung des Zonen-Regimes durch die Bundesrepublik gefordert hatten. Aurel v. Jüchen schreibt u. a.:

Kein Christ, der heute in einem der Länder der „westlichen“ oder „östlichen“ Welt lebt, kann sich der Last entziehen, die die Frage des Verhältnisses des Christen zur Obrigkeit bedeutet. Eine winzige Gruppe aber von Pfarrern aus den „Kirchlichen Bruderschaften“ unter Führung des

Schriftleiters der „Stimme der Gemeinde“, Herbert Mochalski, hat in einer Erklärung von der Länge einer Schreibmaschinenseite frisch und fröhlich alle „Fragen zur Obrigkeit“ beantwortet und diese Antworten Bischof Dibelius „und der Öffentlichkeit“ bekanntgegeben. Der Gegenstand, um den die größten Theologen aller Zeiten von Augustin über Luther, Calvin und Melancthon bis in unsere Tage gerungen haben, um den sich die Rechtslehrer von Samuel Pufendorf bis zu Friedrich Julius Stahl abmühten, die Frage, die heute vielen Hunderttausenden von Christen nicht nur in der Sowjetunion, in Polen, Ungarn und Deutschland auf den Nä-

geln brennt, ist nun von 16 Pfarrern in einem schneidigen „Howgh-ich-habe-gesprochen“-Stil bündig geklärt worden. Betrachtet man aber die Erklärungen ihres „Offenen Briefes“ genauer, so entdeckt man, daß lediglich die zwischen allen Christen in West und Ost fraglosen Fragen beantwortet wurden . . .

Jede Generation muß ihr Obrigkeitsproblem neu lösen

Leider sind alle echten Fragen, die Fragen, die den Christen heute bis auf die Haut gehen, gar nicht gestellt und, wie wir fürchten (die Unterzeichner wohnen alle im heiteren Süddeutschland), nicht einmal gesehen. Auch Bischof Dibelius hat sei-

in seinem berühmten Brief
hof Lilje die Frage der Obrigkeit
nicht gültig beantwortet.
er hat in Tuchfühlung mit den
in der sowjetischen Besatzungs-
zone echte Fragen gesehen
stellt. Da weder die „Obrigkeit“
noch der der Obrigkeit Unter-
geordnete, noch die Unterordnung des
Obrigen unter die Obrigkeit
mögliche Größen sind, da sie
nur alle miteinander ver-
bunden sind, muß jede Genera-
tion Christen die Frage des
Verhaltens gegenüber der
Obrigkeit neu lösen.

köchten im folgenden an die
Unterzeichner des „Offenen Briefes“
Fragen richten. Wir halten sie
für Fragen, die heute der Antwort
bedürftig sind.

Wir den „Offenen Brief“
versuchen zu verstehen, die dro-
hende Gespaltenheit des Denkens
Christen in Ost und West über
ihre Verhältnis zur Obrigkeit
aufzuheben, oder soll er die ost-
westliche Schizophrenie befestigen.

Den die Schreiber des Briefes
aufforderung, zu gemeinsamen Aus-
sagen der Christen in West und Ost
kommen, nicht aufgegeben haben,
steht sich die Frage: Welche Be-
ziehung besteht zwischen der Obrigkeit
und dem salus communis, dem
gemeinen Wohl, und wie ge-
wollt und schränkt dieses Verhält-
nis Verhalten der christlichen
Kirche ein? Die Behauptung einer
Beziehung erstreckt sich von
13 über die Theologie der
Kirchen und Kirchenväter, über
Luther, Calvin, Johann
Herhard bis zu den heutigen
evangelischen Theologen Ragnar
Gustav Törnqvist und Gunnar
Hult. Auch zwischen den Unter-
zeichnern des „Offenen Briefes“ und
den Adressaten, Bischof Dibelius,
steht die Einigkeit darüber, daß eine
Beziehung vorhanden ist.
Auch in der Erklärung der 16
Fragen auf „das Wohl der
Kirche“, „der Stadt Bestes“, „die
Erhaltung des menschlichen Lebens“
wieder. Wieweit also ist die
Unterordnung der Christen unter die
Obrigkeit davon abhängig, ob diese
das „gemeine Wohl“ wahrnimmt
oder nicht wahrnimmt? In seiner
„Gotteserkenntnis und Got-
tesdienst nach reformierter Lehre“
hat Karl Barth auch eine passive
Unterordnung unter bestimmten Um-
ständen für eine mögliche Haltung
des Glaubens und der Liebe.

Voll wird die Frage des Ver-
hältnisses der Christen zur Obrigkeit,
wo der Christ der Überzeugung
ist, daß die Obrigkeit das „ge-
meine Wohl“ einem Machtrausch
oder Herrschaft einer Ideologie

opfert, daß sie das Recht ver-
letzt, die Wahrheit in Lüge ver-
dreht, das Leben mißachtet, die Ver-
kündigung des Wortes Gottes ver-
hindert oder einengt, die christliche Er-
ziehung der Kinder unterbindet usw.

Der Kommunismus läßt keine Ausweichmöglichkeit in das Nein

Uns scheint, daß die Unterzeich-
ner des Briefes die eigentlichen
Kennzeichen einer modernen Diktatur
noch gar nicht verstanden haben.
Wir wollen dabei nicht so sehr von
den unbestrittenen Unmenschlichkeiten
und Ungerechtigkeiten sprechen,
die ebenso wie der Nationalsozialismus
auch die kommunistischen Herr-
schaftsformen dauernd hervorbringen.
Die weit größere Gefährlichkeit
der modernen Diktaturen
liegt darin, daß sie durch ein wohl-
durchdachtes System ökonomischer
und gesellschaftlicher Abhängigkeit
den Raum des Nein-Sagens und dar-
um den eines neuen Ja-Sagens un-
möglich machen. Der Offene Brief,
den Paul Tillich im Jahre 1933 aus
der Emigration an Emanuel Hirsch
über das Nein-Sagen als Vorausset-
zung des Ja-Sagens schrieb, hat an
Aktualität nichts eingebüßt. Die ver-
lorenen oder je nachdem „listigen“
Schulaufsätze der Kinder in den
Schulen der „DDR“, erpreßte „ein-
hellige“ Abstimmungen, Flüchtlinge
aus Wissensnot, schweigende Kir-
chenvorstände und Gemeinden, er-
zwungenes Schweigen, wo geredet
erzwungene Untätigkeit, wo gehän-
delt werden mußte: das sind —
noch schlimmer als Gefängnis und
Hinrichtung — die Kennzeichen einer
modernen Diktatur, die den Satz
„Das gesellschaftliche Sein bestimmt
das Bewußtsein“ zu einer Technik
der Massenbeherrschung ausgebaut
hat. Darum fragen wir die Unter-
zeichner des „Offenen Briefes“:
Muß nicht die Christenheit die so-
genannten „bürgerlichen“ Freiheiten
wie auch die sozialistischen Freiheiten
der Koalitionsfreiheit, des Streik-
rechts und der politischen Selbstent-
scheidung als einen unveräußerlichen
Bestandteil des „Gemeinwohls“ verstehen,
um das jede Generation von Christen für
ihre Zeit in ihrer Sozial-Theologie
erlangen hat?

4. Natürlich müssen die Christen des
Westens der Versuchung widerste-
hen, ihr Verständnis des gemeinen
Wohls zum Maßstab für die Christen
in der Sowjetzone zu machen. Und
ebenso natürlich werden die Christen
Polens, Ungarns und der „DDR“
jede Anordnung ihrer kommunisti-
schen Regierung daraufhin zu prü-
fen haben, ob in ihr nicht echte Ele-
mente des „gemeinen Wohls“ ent-
halten sind, denen sich auch der
Christ nicht verschließen kann. Hät-

ten sich die Briefschreiber die Mühe
gemacht, solche Elemente aufzuzei-
gen, müßten wir ihnen dankbar sein.
Aber davon dispensieren sie sich.
Darum fragen wir sie: Habt Ihr über-
haupt eine sozial-theologische Posi-
tion oder lebt Ihr, die Ihr auf Grund
Eurer theologischen Grundposition
auch eine Sozial-Theologie haben
müßtet, in einem sozial-theologi-
schen Niemandsland?

5. Eine wichtige Frage hat Bischof
Lilje ihnen bereits öffentlich gestellt.
Der „Offene Brief“ sagt mit Recht:
„Von der Schrift her gibt es keine
Gründe, einer wechselseitigen staats-
rechtlichen Anerkennung der beiden
deutschen Teilstaaten in den Weg
zu treten.“ Bischof Lilje fragte zu-
rück, ob es etwa Worte der Schrift
dafür gebe? Keine Zeit, die das
geschichtliche Wesen des Menschen
ernst nimmt, kann die Weisung für
die politische Entscheidung über das
gemeine Wohl einfach aus der Schrift
ablesen. Sie kann sie nur in der
geschichtlichen Beziehung zum Worte
und Geiste Jesu Christi gewinnen.
Wir bekennen, daß das Recht auf
Selbstbestimmung für uns ein unlös-
barer Bestandteil unserer Vorstel-
lung vom salus communis ist. Ist es
das für die Briefschreiber nicht? ...

Wer ist hier „kalter Krieger“?

6. Die Unterzeichner des „Offenen
Briefes“ haben den Geist der
Brüderlichkeit empfindlich ver-
letzt, als sie diejenigen Christen,
die bewußt die politische Anerken-
nung der „DDR“ ablehnen, zu „kal-
ten Kriegern“ stempelten ...

Es gibt heute ein großes, weltweites
Ringens der Herzen und Hirne um
die Grundentscheidungen und Über-
zeugungen der Menschen, an dem
Schwarz und Weiß, junge und alte
Völker, Kommunisten und Nicht-
kommunisten, Christen und Nicht-
christen gleicherweise teilnehmen.
Dieses Ringens darf nicht mit dem
„Kalten Krieg“ der Unbelehrbaren
verwechselt werden. Denn dieses
Ringens hat trotz der Heftigkeit, mit
der es geführt wird, gerade nicht
den Sinn, den Krieg zu schüren und
anzublasen, sondern das Ziel, ihn
geistig zu überwinden ...

Wir fragen die Unterzeichner des
„Offenen Briefes“ an Bischof Dibe-
lius: Unterscheidet Ihr mit uns diesen
Kampf um die Überzeugungen
und Grundentscheidungen der Men-
schen vom „Kalten Krieg“ der Pro-
vokateure und bezahlten Agenten?
Solltet Ihr es tun, so würdet Ihr das
Wort vom „Kalten Krieg“ in einer
theologischen Auseinandersetzung
zum letzten mal gebraucht ha-
ben und dem überheblichen „Wir-
haben-recht“-Stil für immer den Ab-
schied geben.

8. Jahrgang

Es war in
tergegangen
Hause H
berufen
Wurm
Kirchenv
lands zu
Nach ein
lischen K
kung aus
und opfe
fanden s
gelischen
dieser K
gangenh
planen.
sich tag
vorläufig
land (EK
bestellt.
Kirchlich
Kirchenl